

Woher die Eile?

G.H. Manchmal eilt es in der Politik, auch wenn sachlich kein Grund dafür besteht. Man hätte noch einige Monate darüber nachdenken dürfen, ob man in sechs Jahren mit der Erhöhung der Lebensarbeitszeit beginnen und sie in 24 oder in 30 Jahren abschließen soll. Daß der Beschluß jetzt dennoch eilig war, hat andere Gründe. Der Vizekanzler wollte zeigen, daß er die Nummer eins der SPD im Kabinett ist; daraufhin mußte die Kanzlerin zeigen, daß in der Regierung sie die Schrittmacherin überhaupt ist. Nachdem Muntefering die SPD überrumpelt hatte, wollte er sich schon gar nicht von Seehofer noch dreinreden lassen. Da traf sich sein Interesse mit dem der Kanzlerin – und schon war ohne vorherige lange Ressortabstimmung ein schnelles Meinungsbild im Kabinett möglich, so schnell, daß selbst der Chef des Kanzleramtes nicht ganz im Bilde war. Das ist kein großes Malheur, Kanzleramtsminister haben zu dienen. Wichtiger ist, welche Folgen der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Kauder aus der Geschichte zieht. Er hatte Seehofer Einwände geteilt – und muß sich nun unbeachtet fühlen. In der ersten großen Koalition haben die Fraktionsvorsitzenden Barzel und Schmidt nicht so mit sich umspringen lassen.

Tohuwabohu

D.D. Wann immer Ministerpräsident Oettinger mit Bischof Fürst oder dieser mit Oettinger und/oder auch mit Minister Renner worüber gesprochen haben will – über Familienpolitik im allgemeinen, den Fehlstart des flamboyanten Sozialministers im besonderen oder dessen Entgleisung, der Bischof möge doch selbst anfangen, Kinder zu zeugen, im speziellen –, bislang will sich aus der Kombination von Gesprächsinhalten und Daten kein widerspruchsfreies Bild ergeben. Daher ist es bis auf weiteres abwegig, aus dem Tohuwabohu der Meldungen den Schluß zu ziehen, es würden bewußt falsche Angaben gegeneinander in Stellung gebracht – von der Diözese, um den Verdacht zu zerstreuen, einen unliebsamen Minister gestürzt zu haben, von der Regierung, um den Verdacht zu zerstreuen, von der Kirche unter Druck gesetzt worden zu sein. Fest steht bis jetzt nur, daß der fragliche Satz Renners unter Mißachtung der für ein Hintergrundgespräch geltenden Regeln zu einem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit gelangt ist, der geeignet schien, Oettinger schwer zu schaden. Auch daran mag jemand interessiert gewesen sein. Was an der Kirche hängenbleibt, wird sich noch herausstellen.

Nachwuchs

Dt. Was im jüngsten Wahlkampf schiefgelaufen war, das war für die meisten CDU-Anhänger mit bloßem Auge zu erkennen. Was aber eigentlich in der Abgeschiedenheit der Wahlkabinen passiert, davon vermittelt regelmäßig – mit mehrmonatiger Verzögerung – erst die repräsentative Wahlstatistik des Bundeswahlleiters ein etwas schärferes Bild. Wie sich die Stimmen der einzelnen Altersgruppen auf die Parteien (beziehungsweise auf die „Partei“ der Nichtwähler) verteilen, wie vom Stimmensplitting Gebrauch gemacht wurde, ob es geschlechtsspezifische Präferenzen für einzelne Parteien gab – das können die Wahlstrategen aller Couleur der jüngsten Statistik entnehmen. Daß sich die Linkspartei in Ostdeutschland mit Gysi und Lafontaine an der Spitze in allen Altersklassen auf rund ein Viertel der Wähler steigern konnte, ist schon keine Überraschung mehr. Hinzu kommt nun, daß von den ostdeutschen Männern unter 25 Jahren fast jeder zehnte seine Stimme der NPD gab – einer Partei, die „das System“ ablehnt und ihre Anhänger sektentartig zusammenschweißt. Niemand sollte sich deshalb der Illusion hingeben, daß sich die Erziehung zum Kollektiv biologisch erledigt.

Der Anti-Polemiker

Zum 80. Geburtstag von Hans-Jochen Vogel / Von Günter Bannas

BERLIN, 2. Februar. Daß sich seit der Bildung der großen Koalition der Stil der politischen Auseinandersetzung verändert habe, hat Hans-Jochen Vogel wahrgenommen – als eine Wohltat, wie er es schildert. Der frühere SPD-Vorsitzende war – und ist – gewiß kein Mann, der dem Streit aus dem Wege ginge. Ehedem schien es, als könne er sich wie auf Knopfdruck empören. Die Fähigkeit hat er behalten, auch wenn andere Sozialdemokraten seiner Generation zuletzt eine Altersmilde an ihm bemerkten. Doch hatte er sich stets bemüht, Polemik um ihrer selbst willen zu vermeiden, was auch damit zusammenhängen mag, daß sein jüngerer Bruder Bernhard der CDU angehörte und Ministerpräsident (zunächst in Rheinland-Pfalz, später in Thüringen) war.

Mindestens einen Teil der Politikverdrossenheit führt der ältere Vogel, der an diesem Freitag vor 80 Jahren in Göttingen geboren wurde, auf jene Form der Auseinandersetzung zurück, die nun einer sachlichen Debatte weiche. Gern bezeichnet er die Ursache der Entwicklung, die große Koalition, als eine „List der Vernunft“. Angesichts der Anforderungen, vor denen die Politik stehe, hält er das Bündnis der Volksparteien auch für angemessen.

Vor mehr als elf Jahren ist Vogel aus der aktiven Politik, in seinem Fall aus

dem Bundestag, ausgeschieden, was freilich nicht ausschloß, daß er ein gefragter Mann blieb. Sogar als Bundeskanzler Schröder und der SPD-Vorsitzende Muntefering im Mai vergangenen Jahres die vorzeitige Auflösung des Bundestages verabredet hatten, war das der Fall. Schröder rief an jenem Sonntag der nordrhein-westfälischen Landtagswahl bei ihm an, die Gründe zu erläutern – da war die Entscheidung schon gefallen. Vogel war zunächst skeptisch, was mit den Umständen zu tun hatte, unter denen Helmut Kohl 1983 die Auflösung des Bundestages betrieben hatte. Nun aber sah er, daß die Alternativen – Weiterqualen der rot-grünen Koalition gegen den schwarz-gelben Bundesrat oder auch Rücktritt des Kanzlers – noch schlechtere Lösungen seien. Über das Ergebnis jener Entscheidung klagt er nicht, und auch die SPD sei – dank des Wahlkampfes – aus der Depression gekommen. Kritisches über die Vergangenheit scheidet er in Lob über die Gegenwart zu kleiden. Matthias Platzeck sei der richtige Mann an der Parteispitze, auch deshalb, weil sich nun nicht wiederholen werde, daß grundsätzliche Entscheidungen – wie die „Agenda 2010“ – zuerst im Bundestag und erst danach einem SPD-Parteitag vorgetragen würden.

In seinen Jahren als Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag (von 1983 bis 1991) und dann auch als Parteivorsitzender (1987 bis 1991) hatte Vogel einen anderen Führungsstil gepflegt, der ihm zwar Kritik („Klarsichthüllenregiment“) einbrachte, der Lage und der zunächst neuen Oppositionsbildung wurde wie in einem Regierungsapparat bürokratisiert. Über Alleingänge des Vorsitzenden konnte sich keiner beschweren, was freilich nicht bedeutete, daß Vogel ohne Vorgaben und Grundsätze geführt hätte – und sei es gegen den eigenen Kanzlerkandidaten (Lafontaine, 1990) und dessen Deutschland-Politik. Im Kern aber war es Vogels Verständnis von Pflichtbewusstsein, das ihn von den Jüngeren, die vom linken Parteiflügel kamen, unterschied. Sie mögen das als bigott wahrgenommen haben – seine Pünktlichkeit und seinen Hang zur Genauigkeit, die den Prädikatsjuristen auszeichneten. Zu Beginn seines Wirkens in der Politik wurde er vom Erfolg verwöhnt: Mit gerade 34 Jahren wurde er in München – das war 1960 – zum jüngsten Oberbürgermeister einer europäischen Millionenstadt gewählt. 1966 wurde er in direkter Wahl mit 77,9 Prozent bestätigt. Er trug maßgeblich dazu bei, die Olympischen Spiele 1972 nach München zu holen. Als sie dann begannen, war er – wegen heftiger Querelen in der städtischen SPD –

soeben aus dem Amt geschieden. Damals war Vogel ein Mann des rechten Parteiflügels.

Vogel wurde Bundespolitiker. Brandt machte ihn zum Wohnungsbauminister, Schmidt später zum Justizminister. Vergeblich kandidierte er in Bayern als Spitzenkandidat (1972). 1981 wechselte er von Bonn nach Berlin – wegen einer Senatskrisis dort als Regierender Bürgermeister. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus unterlag seine SPD der CDU Richard von Weizsäcker. Ein gutes Jahr später wechselte er zurück nach Bonn. Nach dem Zerfall der SPD/FDP-Koalition und der Wahl Kohls zum Bundeskanzler 1982 hatte Vogel Kanzlerkandidat der SPD zu werden und 1983 in den Wahlen zum gewinnenden Schlacht zu ziehen. Seine 38,2 Prozent nehmen sich aus heutiger Sicht respektabel aus. Doch blieb es sein einziger Versuch, Bundeskanzler zu werden. Vogel, an sich ein Mann der Exekutive, wurde Oppositionspolitiker. In seine Zeit als SPD-Vorsitzender fiel die Beschlußfassung über ein neues Grundsatzprogramm (Berlin, 1989) und die Vereinigung der westdeutschen SPD mit der jungen ostdeutschen SPD-Organisation (1990). Vogel organisierte seinen Rückzug aus den Spitzenämtern selbst – nicht hinausgetrieben von anderen. Die erste Verfassungsreform nach der Vereinigung Deutschlands prägte er. Von der zweiten hofft er, daß sie gelinge.



Volker BOUFFIER Foto Jesco Denzel

Nie ein Haudrauf

Wer als Kabinettsmitglied das besondere Vertrauen des Regierungschefs genießt, ist Rücktrittsforderungen der Opposition in besonderem Maße ausgesetzt. Denn diese versucht damit, indirekt den Mann (oder die Frau) an der Spitze zu treffen. Volker Bouffier war 1999 von Roland Koch kaum zum hessischen Innenminister berufen worden, als die rot-grüne Opposition auch schon seinen Rücktritt verlangte – wegen einer Sache, die nichts mit seiner Regierungs-, sondern mit seiner Anwaltschaftstätigkeit zu tun hatte und zwei Jahre zurücklag. Die Art und Weise, wie sich Koch selbst damals im Parlament für Bouffier in die Bresche schlug, ließ erkennen, daß die beiden mehr als nur politische Freundschaft verbindet.

Angesprochen ist damit der legendäre „Andenpakt“, den einige Mitglieder der Jungen Union 1979 bei einer Reise nach Südamerika schlossen – mit dem Ziel, gemeinsam ihre politischen Altverderben das Fürchten zu lehren, die Partei zu modernisieren und führende politische Ämter zu erobern. Die hessische Filiale dieses Andenpakts war die „Tankstelle“, benannt nach einer Autobahnraststätte in der Wetterau. Dort trafen sich Volker Bouffier, Roland Koch, Franz Josef Jung, Karlheinz Weimar, Jürgen Banzer – Politiker, die man inzwischen aus Kochs beiden Kabinetten kennt.

Daß Bouffier, obwohl Anführer der Gruppe, bei der Kandidatenfrage für die Wahl 1999 das Feld Koch überließ, lag daran, daß er diesem größere Chancen einräumte. Koch dürfte sich dessen erinnern, wenn er einmal einen Nachfolger sucht. Bouffier erhielt 1999 mit dem Innenministerium ein wichtiges Ressort, das im besonderen Blickpunkt der Öffentlichkeit stand – verdankte die CDU doch ihren Wahlsieg auch der strittigen Kampagne „Für Integration und gegen doppelte Staatsbürgerschaft“.

Bouffier, geboren 1951 in Gießen, Jurist, politisch erfahren in vielen regionalen Partei- und Wahlämtern, ehemaliger Justiz-Staatssekretär im CDU/FDP-Kabinett Wallmann/Gerhardt, erschien dem Ministerpräsidenten als der richtige Mann für eine pragmatische Innenpolitik, die das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung mit sozialem Gespür verbindet. Die Polizei wurde besser ausgestattet, Wachpolizei und Freiwilliger Polizeidienst kamen hinzu, Streifenfahndung und Videoüberwachung wurden eingeführt und kommunale Präventionsräte vorgeschrieben. Von Bouffier gingen zahlreiche Initiativen aus, die er mit abwägender Eloquenz propagierte.

In den vier Jahren der Koalition mit der FDP hatte der Partner wenig Anlaß, den Minister zurückzurufen, der sich nie als Haudrauf gerierte. Und auch jetzt in den Zeiten der CDU-Alleinregierung überläßt die FDP die Kritik weitgehend Rot-Grün. Die FDP steht auch dem Plan Bouffiers, die Einbürgerung von Ausländern mit der Pflicht zum Besuch von Integrationskursen zu verbinden, positiv gegenüber, weil damit der Bildung von Parallelschichten entgegengewirkt werde. Keiner gibt sich dabei der Illusion hin, man könne so den islamistischen Extremismus eindämmen. Vor ihm warnte Bouffier schon vor dem Anschlag in New York. Der islamistische Terror war und ist seine größte Sorge.

BERND HEPTNER

Wer bringt die Lacher auf seine Seite?

Eine neue Facette im italienischen Wahlkampf / Von Heinz-Joachim Fischer

ROM, im Februar. Den Führern der italienischen Linksparteien ist die gute Stimmung vergangen. Mißmutig sitzen sie bei ihren Treffen unter Leitung des Oppositionssprechers und Spitzenkandidaten Prodi herum und reden empört über Ministerpräsident Berlusconi. Der wiederum zeigt gute Laune und spricht vom wahrscheinlichen, sicheren Sieg seines Parteienbündnisses der rechten Mitte – des „Hauses der Freiheiten“ (Cdl) mit seiner „Forza Italia“, den Rechtsnationalen von Außenminister Fini, den Christlichen Demokraten der UDC unter Cesa und Casini sowie der „Lega Nord“ – bei den Parlamentswahlen am 9. April. Man weiß nicht genau, was ihn zu diesem Optimismus bringt. Die Erfolge seiner Amtszeit seit Juni 2001? Die Umfrageergebnisse und die Wahlprognosen? Das Verlassen seiner Schwierigkeiten mit der Justiz? Die beträchtliche Steigerung, wie einige vorrechnen, seines Privatvermögens in der Zeit als Regierungschef? Die Einschaltquoten seiner drei nationalen Privatsender? Was ihm die Opposition ankreidet, mehrt nicht ihre Siegeszuversicht und mindert nicht die Siegesgewißheit des Regierungschefs. Berlusconi freut sich darüber, daß seine Gegner immer sarkastischer mit ihm umgehen und er – die Linksinlektuellen warnen seit langem vor dieser Gefahr – deshalb bei seinen Gefolgsleuten, also der Mehrheit der Wähler von 2001 und der Parlamentarier seitdem, mit noch größerer Loyalität rechnen darf. Je böser die Linke Berlusconi angreift – Prodi warf ihm jüngst an den Kopf, er sei ein Fall für den Psychiater –, desto weniger wollen die Anhänger der rechten Mitte ihn geschmäht sehen; es sei denn, sie neigten sich dieser Meinung zu; dann hätten sie sich geirrt und müßten es eingestehen. Also entscheidet die Psychologie, die „Egemonia psicologica“, die Herrschaft über Seelen und Stimmungen, die Wahlen.

Kennzeichnend für die Zerrissenheit im Urteil über Berlusconi ist der Streit über die Länge der Legislaturperiode und das Datum der Wahlen. Beides ist abhängig von der Entscheidung des Staatspräsidenten Ciampi und dem Vorschlag des Regierungschefs. Es schien, daß man sich vor einiger Zeit auf den 9. April geeinigt hatte, auch um zu vermeiden, daß die Auflösung des Parlaments und das Ende der siebenjäh-

rigen Amtszeit des Staatspräsidenten zusammenfallen. Plötzlich wollte Berlusconi beide Kammern des Parlaments noch zwei Wochen länger arbeiten lassen. Die Koalition wollte damit ihren nach wie vor bestehenden Zusammenhalt demonstrieren und noch einige wichtige Gesetze für eine günstige Leistungsbilanz verabschieden. Die Opposition protestierte, weil sie etwa eine Verschärfung der Gesetze gegen Rauschgiftkonsum ablehnt. Aus zwei Wochen mehr Parlamentsarbeit und dem Wahldatum entstand in der öffentlichen Wahrnehmung zuerst ein schwerer Konflikt zwischen Ciampi und Berlusconi, dann eine Fehde zwischen Koalition und Opposition, letztere sprach von der Mißachtung der Demokratie. Bisweilen scheint es, daß Staatspräsident und Regierungschef nur noch mit Hilfe von Fachjuristen und Notaren miteinander verhandeln können – so wurden jetzt die endgültige, schriftliche Einigung auf den 9. April für die Wahlen und den 11. Februar für die Auflösung des Parlaments dargestellt.

In der Darstellungskunst scheint Berlusconi überlegen zu sein. Auch seine Gegner hatten ihm bisher großes Kommunikations-

FREMDE FEDERN: Peter Müller

So kann es mit der Rechtschreibreform nicht weitergehen

Nun ist zu übersehen, welche Korrekturen der Rat für deutsche Rechtschreibung an der Neuregelung der Rechtschreibung empfiehlt, um das Sprachvolk mit dieser seit langem strittigen Neuregelung zu „versöhnen“. Was da vorgeschlagen wird, ist mager. Der Rat korrigiert einige Einzelfälle und erweitert die bereits durch die Neuregelung vermehrten Schreibvarianten ein und desselben Wortes noch einmal. Die herkömmliche Rechtschreibung bleibt jedoch der Neuregelung weiterhin überlegen.

Das vom Rat verursachte Flickwerk, bei dem nichts mehr zusammenpaßt, führt auch in reformfreundigen Kreisen zur Ablehnung der zerfledderten Neuregelung. Der schweizerische Dachverband der Lehrer urteilt vernichtend: In der vom Rat empfohlenen Fassung sind die Regeln in den Schulen kaum mehr zu vermitteln. Es sei weitaus öfter als bisher notwendig, die richtige Schreibweise nachzuschlagen – „oft genug mit enttäuschendem Ergebnis“, weil verschiedene Schreibweisen zugelassen sind. Die Variantenschreibung

wird allerdings von der Druckindustrie von jeher abgelehnt, weil sie die Kosten treibt.

Der Rat hat wesentliche Teile der Neuregelung gar nicht erst überprüft. Die Laut-Buchstaben-Zuordnungen, um ein Beispiel zu nennen, hätten jedoch eine Überprüfung nötig. Dazu gehören die unnötigen Veränderungen gewohnter Wortbilder aufgrund volksetymologischer Ableitungen wie Quantchen, wiederbelebte, längst verblichene Beziehungen wie behände, willkürlich herausgepickte Stammschreibungen wie Stängel, die pedantische Dreikonsonantenregel wie in Schifffahrt, die in der Schweiz zurückhaltender gehandhabte Eindeutigkeit: Communiqué ist für Schweizer nicht „alte“, sondern einzig mögliche Schreibung.

Bei der Groß-/Kleinschreibung, die vom Rat nun in Teilen nochmals überprüft und voraussichtlich geändert wird, sind weitere strittige Einzelheiten zu untersuchen: heute Abend/Freitagabend, im Voraus, des Weiteren, auf dem Laufenden, das 8-Fache, Ultima Ratio und anderes mehr.

Die von der völlig zerstörten Systematik erzeugte Verunsicherung (mehr Getrennt- und Großschreibung, mehr ä, aber wo?) führt zu Übergeneralisierungen bei denen, die täglich Texte schreiben (müssen): Ernst nehmen, Offside verdächtig, Sinn entstellend, hinweg setzen, sicher stellen, zurück zu geben, entgegen gebracht, wer Schuld ist, Beides, so viel ich weiß und so weiter; da sind bereits Dutzende Male Aufwandungen und vereinzelt auch schon notwendig, auswändig, inwändig zu finden.

Dramatisch ist, daß die Neuregelung solche Schäden anrichtet, ohne dabei wenigstens ihr Ziel zu erreichen. Nach Untersuchungen und Erfahrungen in Schulen machen Schüler genau wie die Journalisten nicht weniger, sondern mehr Fehler.

Zusammen mit dem gigantischen, in die Milliarden Euro gehenden Aufwand, der für die Neuregelung betrieben worden ist und weiter betrieben wird, ergibt sich damit ein höchst unvorteilhafter Befund. Das Fiasko könnte kaum größer sein.

Wie wird sich die Rechtschreibung angesichts der unklaren Regeln und der Variationsmöglichkeiten weiterentwickeln? Ist der Staat noch in der Lage, den Wirtswart zu bereinigen, oder sollte er nicht – wie der Dachverband der Schweizer Lehrer zu erwägen gibt – „das Geschäft lieber den professionellen Marktführern überlassen“? Auch dessen Folgen sollten die Ratsmitglieder bedenken: „Die weitaus größte Normierungswirkung dürfte in der Entscheidung liegen, was Windows in sein Rechtschreibprogramm übernimmt“, sagt der Lehrerverband voraus.

Die Reform sollte für gescheitert erklärt und abgebrochen werden; aus „Staatsräson“ (Johanna Wanka) ist dies angeblich nicht möglich. Zumindest muß der Marsch unterbrochen und die Neuregelung sprachwissenschaftlich und ohne künstlichen Zeitdruck überprüft werden. Für die Schüler ist dies das kleinere Übel, als „Fehler“ angestrichen zu bekommen, die sie in der Literatur und in namhaften Zeitungen täglich lesen können.

Der Verfasser ist Direktor der Schweizerischen Deutschsprachigen.

F.A.Z.-IntraNet

Das F.A.Z.-Archiv im Intranet

Einfach:

ohne Aufwand – Zugang mit IP-Filter

Schnell:

mit den Suchtechniken des F.A.Z.-Archivs

Aktuell:

seit 1993 mehrere hundert neue Artikel täglich

Transparent:

1,6 Mio. Artikel zum jährlichen Festpreis – je nach Mitarbeiterzahl

Frankfurter Allgemeine Archiv

Informieren Sie sich unter: www.faz-archiv.de/intranet oder per E-Mail: faz-intranet@faz.deFrankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLANDDas F.A.Z.-Archiv
www.faz-archiv.de/intranet